

Digitalisierungs-Initiative des vbob wird MEgA

MAGAZIN

Oktober 2020 • 70. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

beginnen darf ich diese Ausgabe mit einem Glückwunsch. Am 1. Oktober 2020 hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dem Präsidenten a.D. der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Albrecht Broemme das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Das Motto der Verleihung „Vereint und füreinander da“ ist voll und ganz auf das Wirken von Albrecht Broemme zugeschnitten. Als Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr, als Präsident des THW oder beim Aufbau des Berliner Behandlungszentrums für COVID-19-Patienten, in jeder Funktion mit voller Hingabe, Überzeugung für die Aufgabe und dem Wissen, im Team viel bewirken zu können.

Der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ist Albrecht Broemme seit vielen Jahren eng verbunden. Kurz vor dem Eintritt in den Ruhestand hatten wir im Dezember 2019 Gelegenheit, für unseren vBOBcast ein Gespräch mit ihm zu führen. Wir gratulieren Albrecht Broemme sehr herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung.

Bei dem Bundesverdienstkreuz handelt es sich um eine Anerkennung für den Ausgezeichneten ohne finanzielle Zuwendung. Im Gegensatz dazu geht es bei den aktuell laufenden Tarifverhandlungen um Wertschätzung für die Beschäftigten und eine Erhöhung der Tabellenentgelte. Nach der Ablehnung der Verschiebung der Tarifrunde durch die Arbeitgeber, nach zwei erfolglos verlaufenen Verhandlungsrunden ist die Zeit gekommen, den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen.

Für die Teilnahme an den Warnstreiks und dem Aktionstag haben wir nicht nur Zustimmung erfahren. Dass zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt eine Tarifrunde stattfindet, ist der Ablehnung der Arbeitgeber, hier speziell dem Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA), geschuldet. Neben der geforderten Anerkennung für die Beschäftigten der Bundesverwaltung ist die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte in dieser Tarifauseinandersetzung mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunalverwaltungen, in den Krankenhäusern, in der Pflege und den Kindergärten solidarisch. In der Corona-Krise wurde die besondere

Relevanz dieser Kolleginnen und Kollegen deutlich. Es darf jetzt nicht nur beim Beifall bleiben.

Dass der gesamte öffentliche Dienst ein wichtiger Faktor für die Funktionsfähigkeit und Stabilität Deutschlands ist, wird in jeder Krise deutlich. Doch wie geht man um mit den Herausforderungen wie Digitalisierung oder dem demografischen Wandel? Wie kann das geeignete Personal für die zunehmenden und komplexer werdenden Aufgaben gewonnen und an den öffentlichen Dienst gebunden werden? Unter welchen Voraussetzungen ist der öffentliche Dienst auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber? Mit diesen Fragen beschäftigen sich inzwischen verstärkt auch die politischen Parteien. Gut so.

Wir haben in der Ausgabe 7/8 des vbob Magazins über das Buch „Neustaat“ berichtet, in dem sich Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter verschiedenen Blickwinkeln mit notwendigen Reformen des öffentlichen Dienstes auseinandersetzen. Nunmehr hatte ich die Gelegenheit, an dem von MdB Thomas Hitschler moderierten digitalen Fachgespräch der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes teilzunehmen.

In dem 90-minütigen Austausch der SPD-Innenpolitiker mit Vertretern der Gewerkschaften und der Wissenschaft kamen zahlreiche Herausforderungen wie der demografische und technische Wandel, die finanziellen Restriktionen, die Bevölkerungsstruktur oder die Entwicklungsmöglichkeiten zur Sprache. Aufgrund des gesetzten Zeitrahmens war eine vertiefte Diskussion schwierig. Daher ist es gut, dass der Dialog mit einer zweiten Veranstaltung Ende Oktober fortgesetzt wird. Ich freue mich darauf.

Diskutiert wird in diesen Gesprächen häufig der notwendige Wandel der Fehlerkultur im unseren Behörden. Da stellt sich die Frage, wofür sind den Testläufe gedacht und wie geht man mit den Ergebnissen um. Beim bundeseinheitlichen Warntag am 10. September habe ich angenommen, es ginge darum, Fehler und Schwachstellen bei der Alarmierung für den Ernstfall zu identifizieren, um diese anschließend zu beheben.

Und ja, es wurden etliche Schwachstellen entdeckt. Das war aus meiner Sicht nicht ganz unerwartet. Mit 16 Bundesländern, 294 Landkreisen und allen Kommunen gibt es derart viele Zuständigkeiten und Schnittstellen, die zu Bruchstellen werden können. Gerade deshalb war der Warntag wichtig.

Die Ablösung des Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, am Ende hatte ich dagegen nicht erwartet. Welches Signal senden die Verantwortlichen an ihre Behördenleitungen und Beschäftigten aus und wie verhalten sie sich bei eigenen Fehlern?

Mit nachdenklichen Grüßen

Ihre

> Inhalt

- > Digitalisierungs-Initiative des vbob wird „MEgA“: Befragungen in der Bundesverwaltung starten 4–5
- > Einkommensrunde 2020: Zusammenrücken trotz Abstand – solidarisch sein 6
- > Im Dialog zur Novellierung des BPersVG: Retten, was noch zu retten ist 8–9
- > Kommentierte Pressestimmen 10
- > Im Dialog ... mit Dr. Lorenz Müller – Direktor beim Deutschen Bundestag 12
- > Ja, ist denn heute schon Weihnachten? 12

- > dbb
- > einkommensrunde – Arbeitgeber provozieren Warnstreiks 13
- > Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes: Helfer dürfen nicht zu Opfern werden 15
- > Zugbegleitdienst: Im Notfall auf sich selbst gestellt 20
- > dbb akademie 22
- > die andere meinung – Mehr Eigenverantwortung für die Zukunft 24
- > frauen – Neues Bündnis: Sorgearbeit fair teilen 26
- > 12. dbb bundesfrauenkongress: Neuer Termin steht fest! 27
- > jugend – 30 Jahre deutsche Einheit: Zuhören und voneinander lernen 28
- > Studie Homeoffice und Präsenzkultur im öffentlichen Dienst 30
- > blickpunkt – Achter Altersbericht: Digitale Teilhabe sozialgerecht gestalten 32
- > service für dbb mitglieder 38
- > Europäische Zusammenarbeit: IMI überwindet Verwaltungsgrenzen 40
- > senioren – Aktionstag „Pfleger Angehörige“: Mehr Unterstützung erforderlich 42
- > interview – Georg Maier, Thüringer Minister für Inneres und Kommunales und Vorsitzender der Innenministerkonferenz 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreiermorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro Berlin:** Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Bering. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © Coloures-Pic / stock.adobe.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember im Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allart. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacer, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacer@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 60 (dbb magazin) und **Preisliste** 40 (vbob Magazin), gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 568 495 (IVW 2/2020). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schäffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Digitalisierungs-Initiative des vbob wird „MEgA“

Befragungen in der Bundesverwaltung starten

Mit Sicherheit. In Zukunft. Digital. So lautete das Motto des Bundesvertretertages des vbob 2018. Im Leitantrag zur Tagung hatte der Bundesvorstand bereits die erwartete Veränderung der Arbeitswelt auch in der Bundesverwaltung beschrieben. Die Delegierten verabschiedeten den Leitantrag einstimmig und er wurde somit zum zentralen Aufgabenfeld des neugewählten Bundesvorstandes. Dieser bereitete auf Basis des Leitantrages im Jahr 2019 ein Positionspapier „Eckpunktepapier Digitalisierung“ vor, welches vor fast genau einem Jahr vom Bundesvorstand dem Bundeshauptvorstand vorgelegt und dort ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde.

Darin heißt es: „Unter dem Begriff Digitalisierung verstehen wir die Veränderung von technischer Ausstattung, von Abläufen und von Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Bundesverwaltung.“

Weg des vbob zur Klärung der Frage, wie in der Bundesverwaltung Digitalisierung als Thema „wahrgenommen und bearbeitet“ wird.

➤ **Bekannte Ausgangslage**

In 2019 bereits hatte der Bundesvorstand Gespräche darüber geführt, wie eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen und der vermutet sehr unterschiedlichen Kulturen in den Bundesbehörden im Umgang mit dem Thema Digitalisierung möglichst objektiv, standardisiert und mit dem Anspruch wissenschaftlicher Arbeit versehen erfolgen könnte. Dabei ist es dem Bundesvorstand ein Anliegen, möglichst breite Unterstützung für die dazu notwendigen Instrumente zu organisieren, z. B. durch Bewerbung entsprechender Befragungen. Nachfolgend beschreiben wir den eingeschlagenen

Die Arbeitswelt hat sich nicht nur durch die andauernde Pandemie grundlegend verändert. Die Digitalisierung erfährt neben dem politischen Diskurs auch im öffentlichen Dienst zunehmend Bedeutung, sei es durch das Onlinezugangs-gesetz, welches die Verwaltungen zur Digitalisierung ihrer Dienstleistungen verpflichtet, sei es durch die Veränderungen bei technischen Unterstützungen, der Abläufe, der Kommunikation durch Beschäftigte innerhalb und außerhalb der Bundesverwaltung. Was macht das mit den Beschäftigten? Welchen Einfluss haben die Veränderungsprozesse auf die Erfor-

dernisse bei der Gestaltung von Arbeit in der Bundesverwaltung? Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen stießen wir auf ein interessantes Forschungsprojekt: MEgA.

Den Begriff „mega“ kennt man umgangssprachlich als Adjektiv für großartig, hervorragend. Diese Adjektive darf man nun ebenso verwenden für den erfolgreichen Einsatz des vbob im Bemühen darum, dass in der Bundesverwaltung wissenschaftliche Untersuchungen zu den Folgen digitalisierter Arbeit, zur Prävention und zum Gesundheitsmanagement sowie zu psychischer Gefährdungsbeurteilung durchgeführt werden.

Das Forschungsprojekt MEgA der Universität Heidelberg ist in den vorgenannten Themenfeldern in der Industrie seit Jahren erfolgreich, insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, durchgeführt worden. Zu den Zielen des Forschungsprojektes lesen Sie nachfolgend.

▣ Ziele des Projektes MEgA

Das Projekt „Maßnahmen und Empfehlungen für die gesunde Arbeit von morgen“ (MEgA) hat das Ziel, ganzheitliche Kon-

zepte und Methoden zur gesundheitlichen Förderung in einer zunehmend digitalisierten Berufswelt zu entwickeln. MEgA war zunächst ausgelegt auf die Untersuchung der Bedarfe von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU) und sollte auf Anregung des vbob und in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem beauftragten Projektträger in Karlsruhe und den Wissenschaftlern der Universität Heidelberg um die Untersuchung der Übertragbarkeit der Bedarfe und Lösungen auf den öffentlichen Dienst, insbesondere die Bundesverwaltung, erweitert. Die Ergebnisse der Wissenschaftler aus den untersuchten Unternehmen sollen praktikable Handreichungen für ein modernes HR-(human resources-) und Gesundheitsmanagement, das die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigt, bieten.

▣ Initiative des vbob

In Gesprächen am Rande einer Arbeitsforschungstagung in Stuttgart wurden erste Kontakte mit den Wissenschaftlern der Universität Heidelberg geknüpft. In der Folge wurde die Idee der Erweiterung des Forschungsansatzes aus dem

Bereich KMU auf den öffentlichen Dienst und hier insbesondere der Bundesverwaltung diskutiert. Die daraus entwickelte Forschungsidee zur Erhebung des Ist-Zustandes bei der Implementierung der Digitalisierungsansätze und deren Auswirkungen auf Personal, Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement sowie die Möglichkeiten der Standardisierung von diesbezüglichen Prozessen über ein modulares System wurden dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem zuständigen Projektträger in Karlsruhe vorgestellt. Inzwischen ist ein entsprechender Antrag durch das BMBF bewilligt. Derzeit starten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Arbeits- und Organisationspsychologie die Interviews mit Personalern und Personalräten aus der Bundesverwaltung.

In der gestarteten Befragung sollen unter Personalverantwortlichen und Personalräten die Anforderungen und Bedarfe eines präventiven HR- und Gesundheitsmanagements der Bundesverwaltung ermittelt werden. Aufbauend werden Gestaltungs- und Handlungsempfehlungen formuliert, die der Bundesverwaltung zur Ver-

fügung gestellt werden. Ein weiteres Anliegen von MEgA ist es, vorhandene Ansätze und Lösungen im Bereich der „Gefährdungsbeurteilung Psychische Belastung (GPB)“ zu erkennen und an die spezifischen Bedürfnisse der Bundesverwaltung anzupassen.

▣ Ergebnisse des Projektes

Auf die Ergebnisse der Befragung sind sicher auch die Beschäftigten der Bundesverwaltung gespannt. Der zuständige Referatsleiter des BMBF, Dr. Otto F. Bode, erwartet die ersten Erkenntnisse aus der Befragung bereits im kommenden Jahr, dem Bundestagswahljahr 2021. Der vbob hat mit dem Projektleiter Prof. Dr. Karl-Heinz Sonntag vereinbart, das Forschungsprojekt und die Ergebnisse daraus durch Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachung zu unterstützen. Mit diesem Artikel starten wir die Unterstützungsarbeit für das Projekt.

▣ Was können Sie beitragen?

Wie beschrieben, werden im Laufe des Projektes in einigen obersten und oberen Bundesbehörden Befragungen durchgeführt. Stehen Sie als vbob-Mitglieder vor Ort für diese Befragungen zur Verfügung, helfen Sie mit, dass der vbob am Ende die Wissenschaft und Forschung zu wichtigen beschäftigungsrelevanten Fragen der Bundesverwaltung unterstützt.

Mit Prof. Dr. Sonntag werden wir zudem in diesem Jahr noch ein Interview als **vbobcast** herausgeben.

Über den weiteren Verlauf, insbesondere Zwischen- oder Endergebnisse, werden wir an dieser Stelle berichten.

Nähe ist unsere Stärke. Das gilt auch bei der Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Bundesverwaltung!

fg



Einkommensrunde 2020

Zusammenrücken trotz Abstand – solidarisch sein

Wie immer und doch ganz anders. Mit diesen Worten lässt sich der Warnstreik am 24. September in Berlin beschreiben. Das Prozedere ist aus den letzten Tarifverhandlungen bekannt. Die Arbeitgeber haben zur 2. Verhandlungsrunde erneut kein Angebot vorgelegt. Das zwingt die Gewerkschaften, ihren Forderungen deutlicher Nachdruck zu verleihen. Anders ist in diesem Jahr, dass es auf der Kundgebung heißt: Zusammenrücken trotz Abstand.

Auftakt am Spittelmarkt: vor dem Gebäude der VKA (Verband der kommunalen Arbeitgeber). Die Teilnehmerzahl pro Mitgliedsgewerkschaft ist beschränkt. Markierungen am Boden zeigen den Demonstranten, wie nah man sich bei der Veranstaltung in Corona-Zeiten kommen darf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tragen einen Mund-Nasen-Schutz. Um sich lautstark Gehör zu verschaffen, kommen Ratschen statt Trillerpfeife zum Einsatz.

Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, beschreibt die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite, insbesondere der VKA. Der Bund zeigt sich in der Tarifaufeinandersetzunggesprächsbereiter. Das war bereits im Frühjahr der Fall, als der VKA die Verschiebung der Einkommensrunde abgelehnt hatte. Den Gewerkschaften nun vorzuwerfen, dass man nach zwei Verhandlungsrunden ohne Arbeitgeberangebot seinen Forderungen Nachdruck verleiht, ist unverschäm.

Es gab in den letzten Monaten viel akustischen und verbalen Zuspruch für die Kolleginnen und Kollegen in den Kindergärten, den Krankenhäusern und der Pflege, für Busfahrerinnen und Busfahrer, für die Müllwerker usw. Die Bevölkerung hat den Wert dieser Berufe und der Beschäftigten in der Krise er-

kannt. Nunmehr sind die Arbeitgeber gefordert, die finanzielle Anerkennung Folgen zu lassen.

Viele der sogenannten systemrelevanten Berufszweige im öffentlichen Dienst leiden weiter unter Personalmangel. Das verstärkt die tägliche Arbeitsbelastung. Es braucht zusätzliches Personal, es braucht dringend attraktiver Arbeitsbedingungen und Entgeltstrukturen, um für die Kolleginnen und Kollegen nachhaltige Entlastung zu schaffen.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte zeigt sich deshalb in dieser Einkommensrunde insbesondere mit den Beschäftigten der Kommunalverwaltung



© Thomas Rosenthal



© Anne Hoffmann

solidarisch. Doch auch die Bundesbeschäftigten haben in den letzten 30 Monaten und bei der Bekämpfung der Coronapandemie und ihren Folgen häufig über das normale Maß hinaus ihren Dienst geleistet und die Funktionsfähigkeit des Staates sichergestellt. Hierfür fordern wir Wertschätzung. Hierum geht es auch bei der Rückführung der einseitigen Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 39 Stunden. Den Kolleginnen und Kollegen der Bundesverwaltung fehlt inzwischen jedes Verständnis für diese Maßnahme, den Bruch der Versprechungen und eine weitere Fortsetzung dieser Willkür.

Auch in der Bundesverwaltung sind viele Stellen weiterhin unbesetzt, Stellenausschreibungen verlaufen erfolglos. Es ist Zeit zu handeln, die Zukunft fängt heute an: Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte und die dbb Familie steht hier für attraktive Arbeitsbedingungen und -plätze, damit der öffentliche Dienst auch in Zukunft und insbesondere in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt.

Der Warnstreik in Berlin war nur den Auftakt. Mit vielfältigen Aktionen bis zur nächsten Runde am 22./23. Oktober sollen die Arbeitgeber zur Abgabe eines „verhandlungsfähigen“ Angebots motiviert werden.

rb



© Thomas Rosenthal



© Thomas Rosenthal



© Anne Hoffmann



© Anne Hoffmann

Im Dialog zur Novellierung des BPersVG Retten, was noch zu retten ist

Allgemein spricht mancher den Gewerkschaften und Personalräten gerne das Verharren in Traditionen zu. Das entspricht jedoch nicht dem Anspruch der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, die Zukunft der Bundesverwaltung aktiv zu gestalten. Unsere Vorstellungen an und für eine attraktive Verwaltung sind moderne Arbeitsmethoden, gesunde Führungsprinzipien, zeitgemäßer Technikeinsatz und zukunftsfähige Regelwerke. Darunter auch faire Mitbestimmung und Partnerschaft auf Augenhöhe.



> Am 29. September fand das Gespräch mit MdB Irene Mihalic (vorn), von Bündnis 90/Die Grünen, statt.

Große Hoffnungen haben wir auf die Novellierung des BPersVG gesetzt und wurden vom Entwurf des BMI enttäuscht. Mit dieser Einschätzung steht die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte nicht allein – allgemein werden die vorgesehenen Änderungen nicht als großer Wurf bezeichnet.

Auch die Zusage von Bundesinnenminister Horst Seehofer auf der dbb Jahrestagung im Januar dieses Jahres in Köln, es werde zu keinen Verschlechterungen kommen, wurden nicht eingehalten. Das betrifft beispielsweise das Letztentscheidungsrecht der Dienststelle. Bei Umsetzung der geplanten Regelung hätte das Ergebnis der Einigungsstelle nunmehr auch bei Arbeitnehmerangelegenheiten für die Dienststelle nur empfehlenden Charakter. Diese Interpretation der Entschei-

dung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1995 ist aus gewerkschaftlicher Sicht völlig überzogen. In der letzten Konsequenz kann damit die Mitbestimmung „matt gesetzt“ werden. Sie widerspräche

damit dem Demokratieprinzip, sie widerspräche einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, einer Partnerschaft auf Augenhöhe und sie widerspräche der Zusage des Bundesinnenministers.

Den Gesetzentwurf haben wir bereits in der letzten Ausgabe ausgiebig bewertet. Ebenso unsere Forderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsfähiges Personalvertretungsrecht dargestellt. Auf dieser Basis



> Die Videokonferenz mit dem SPD-Innenpolitiker Thomas Hitschler MdB (unten), seinen Mitarbeitern sowie Frank Gehlen fand am 31. August statt und war sehr konstruktiv.

führen wir inzwischen intensive Gespräche mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Für Verbesserungen ist es noch nicht zu spät – wir haben viele gute Argumente auf unserer Seite.

Hier einige Beispiele:

- Das Erfordernis, auch künftig audiovisuelle Kommunikations- und Sitzungstechnik zu nutzen, besteht fort und wird von den Personalräten gefordert. Unser Unverständnis über das Auslaufen der befristeten Regelung und die fehlende Verstetigung wurde bisher von allen Beteiligten positiv aufgenommen und mitgetragen. Die Bundesregierung betreibt die Digitalisierung der Verwaltung mit Hochdruck, mit welcher Begründung wäre der Ausschluss der Personalräte zu rechtfertigen?
- Die Anzahl von ressortübergreifenden Maßnahmen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dem Gesetzentwurf fehlt weiterhin eine Antwort auf diese Regelungslücke. Personalratsarbeit muss in seiner Zuständigkeit bleiben. Unser Vorschlag, ein Gremium mit Anhörungsrecht analog dem Bayerischen Landespersonalvertretungsgesetz vorzusehen, wurde sowohl interessiert als auch wohlwollend zur Kenntnis genommen. Mit Interesse erwarten wir einen Regelungsvorschlag in einem geänderten Gesetzentwurf.
- Bislang sind Personalmaßnahmen ab der Besoldungsgruppe A 16 BBesO von der Mitbestimmung ausgenommen. Hierdurch sind viele Stellenbesetzungen, insbesondere in den obersten Bundesbehörden, der Überprüfung durch den Personalrat entzogen. Der Stellenkegel von 1974 ist jedoch mit dem heutigen nicht mehr vergleichbar. Die Beteiligung des Personalrates soll u. a. Chancengleichheit und Transparenz herstellen. Für die Ak-

zeptanz der Personalauswahl ist eine Beteiligung der Personalvertretung sinnvoll und hilfreich. Die Einschränkung der Mitbestimmung bei Personalmaßnahmen sollte sich daher nur für die politischen Ämter begrenzen. Dieser Aspekt wurde meist interessiert zur Kenntnis genommen.

- Intensiv wurde mit den jeweiligen Abgeordneten der Punkt der Informationspflichten der Dienststelle diskutiert oder wie ein Gesetz den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit sicherstellen kann. Im Ergebnis sicherlich, in dem es durch seine Beteiligungstatbestände die Ernsthaftigkeit dieses Punktes deutlich macht. Um Rechtsklarheit zu schaffen, ist eine Ergänzung der entsprechenden Vorschriften sinnvoll und möglich. Beispielhaft ist ein obligatorische Einbindung



➤ Auch mit Petra Nicolaisen (CDU) konnten wir uns über das Thema austauschen.



© Konstantin Kuhle

➤ Auch mit dem Innenpolitiker der FDP, MdB Konstantin Kuhle, konnten wir unsere Stellungnahme zur Novellierung erörtern.

des Personalrates zur Vorbereitung mitbestimmungspflichtiger Maßnahmen oder eine Verpflichtung zur Einbindung des Personalrates in Planungs- oder Projektgruppen denkbar. So weit haben

bisher noch nicht alle Parteien gedacht.

- Angesprochen wurden darüber hinaus eine weitere Professionalität der Personalratsarbeit u. a. durch eine Erhöhung der Freistellungsstaffel und eine erleichterte Inanspruchnahme von Fortbildungsmaßnahmen sowie Beratungs- bzw. Unterstützungsleistungen. Zweifelsfrei ist es im Sinne der Aufgabenerledigung, dass sich die Personalratsmitglieder fachlich weiterbilden. Auch die zunehmende Komplexität von Maßnahmen bringt Personalräte wie auch die Dienststellen gelegentlich an den Rand des Leistbaren. Um die Augenhöhe bei komplexen Sachverhalten sicherzustellen, muss es auch dem Personalrat möglich sein, sich unabhängig beraten zu lassen. Diese Punkte konnten bei den Abgeordneten stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Viele Botschaften der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte sind sowohl bei unseren Ansprechpartnern der Koalitionsparteien als auch bei der Opposition auf offene Ohren gestoßen. Wir begrüßen die gezeigte Offenheit, die hoffentlich in weiteren Veränderungen des Gesetzentwurfs münden wird. Wir bleiben dran!

rb

Kommentierte Pressestimmen

„Der Preis des Erfolges ist Hingabe, harte Arbeit und unablässiger Einsatz für das, was man erreichen will.“

(Frank Lloyd Wright, US-amerikanischer Architekt, Innenarchitekt, Schriftsteller und Kunsthändler)

Eine außergewöhnliche Tarifrunde beginnt dieses Jahr in Potsdam. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Herausforderungen hat der öffentliche Dienst insgesamt bislang sehr gut gemeistert. Nicht zuletzt deshalb steht Deutschland bei der Krisenbewältigung im Vergleich zur Vielzahl der anderen Länder verhältnismäßig gut da. Trotzdem sind sehr schwierige und lange Verhandlungen zu erwarten, denn durch die Krise sind die öffentlichen Haushalte bei Bund, Ländern und Kommunen sehr angespannt.

„Ärger bei der Arbeitszeit absehbar“, so sieht es der **Behörden Spiegel** in seiner Ausgabe vom 7. September 2020. Die Positionen in den aktuellen Tarifverhandlungen liegen weit auseinander: 4,8 Prozent lineare Steigerung, mindestens aber 150 Euro sowie 100 Euro für Praktikanten- und Ausbildungsentgelte, fordern die Gewerkschaften. Zusätzlich sollen weitere Verhandlungstische eingerichtet werden und es geht auch um die Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeit und die Angleichung der Arbeitszeit zwischen Ost und West. Allein die monetäre Mindestforderung bedeutet für die unterste Entgeltgruppe (EG 1) eine lineare Steigerung von 7,0 bis 7,7 Prozent. Zudem wirkt sie im Einstiegsgehalt bis zur Gruppe EG 9b. „Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten halten das Land zusammen“, unterstreicht Frank Werneke, Bundesvorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi). Das habe die Corona-Krise gezeigt. „Klatschen allein hilft niemandem, schon gar

nicht den Beschäftigten und der Konjunktur.“ Der Tarifrunde komme in diesem Jahr eine entscheidende Rolle bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu. „Wir haben einen robusten Binnenmarkt und die Chance auf dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung. Das wird sich nur dann realisieren lassen, wenn die Binnennachfrage dauerhaft belebt wird“, argumentiert Werneke. „Die Forderungen der Gewerkschaften sind völlig überzogen und würden zu Mehrkosten in Höhe von mindestens 5,7 Mrd. Euro führen“, entgegnet hingegen Ulrich Mädge, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), – und das angesichts der schlimmsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Die Lage für die Kommunen sei dramatisch, die finanziellen Einbrüche massiv und die Kassen leer. „Einen Verhandlungsspielraum sehe ich nicht“, so Mädge weiter. „Im Herbst feiern wir den 30. Jahrestag der deutschen Einheit“, erinnert Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik beim dbb. Deshalb

müsse es ein klares Signal für mehr Gerechtigkeit geben und die Arbeitszeit zwischen Ost und West auf 39 Stunden vereinheitlicht werden. „Das bedeutet für die ostdeutschen Arbeitgeber ein Volumen von 2,6 Prozent und würde sie mit über 330 Millionen Euro belasten“, entgegnet Niklas Benrath, Hauptgeschäftsführer der VKA. Zudem seien die kommunalen Arbeitgeber im Tarifbereich Ost ohnehin besonders durch die in der vergangenen Tarifrunde vereinbarte stufenweise Angleichung der Jahressonderzahlung auf das Niveau des Tarifbereichs West belastet. Weitere Attraktivitätssteigerungen sind geplant: Zudem will die VKA die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst moderner und attraktiver gestalten und dazu tarifliche Regelungen für das E-Bike- und Fahrrad-Leasing treffen. Außerdem soll ein Teil der leistungsorientierten Bezahlung geöffnet werden. Damit sollen Leistungen lohnsteuerfrei ausgezahlt werden können, z. B. Kita-Zuschüsse, Fahrtkostenzuschüsse für den ÖPNV oder Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Angesichts dieser Themenfülle werden die Verhandlungen sicherlich schwierig und die einzelnen Runden, vor allem die letzte am 22./23. Oktober in Potsdam, langwierig werden.

Das Land Berlin hat in der Zwischenzeit bereits ein eigenes Konzept zur Attraktivitätssteigerung entwickelt und die künftige Gewährung einer „Hauptstadtzulage“ beschlossen. So bekommen Berlins

Beamte ab November 2020 einen Zuschuss von 150 Euro pro Monat bis zur Besoldungsstufe A 13, die sogenannte Hauptstadtzulage. Ein Teil des Geldes kann in eine Monatskarte für den ÖPNV umgewandelt werden. Auch die Tarifbeschäftigten sollen in diesen Genuss kommen, doch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist mehrheitlich dagegen. Berlin muss mehr unternehmen in Sachen Arbeitgeberattraktivität. Diese Einsicht des Senats findet ihren Ausdruck in der Hauptstadt- oder Berlinzulage. Vorbild ist die in Bayern existierende Ballungsraumzulage für die Landeshauptstadt München und deren Umgebung.

Auch die Bahn und die GDL steuern auf aktuell auf einen neuen Tarifkonflikt zu (**FAZ-Net**, 10. September 2020). Die Lokführer-Gewerkschaft GDL und die Deutsche Bahn gehen erneut auf Konfrontationskurs. Gewerkschaftschef Claus Weselsky lehnte offiziell einen Beitrag des Zugpersonals zur Sanierung des auch durch die Corona-Krise angeschlagenen Staatskonzerns ab: „Wir haben gültige Tarifverträge bis Februar 2021 und sehen keinen Anlass, Abstriche beim Zugpersonal zuzulassen.“ Er lehne daher Verhandlungen zu einem Sanierungstarifvertrag ab. Wir erinnern uns: GDL und Bahn haben sich schon mehrfach Auseinandersetzung mit Streiks geliefert. Vor gut fünf Jahren hatte die Gewerkschaft mit flächendeckenden Streiks große Teile des Bahnverkehrs lahmgelegt.

cm

Im Dialog ...

... mit Dr. Lorenz Müller – Direktor beim Deutschen Bundestag

Seit dem 1. August 2020 ist Dr. Lorenz Müller Direktor beim Deutschen Bundestag. Seitdem er 1996 in die Bundestagsverwaltung eingetreten ist, hat er dort verschiedene Aufgaben und Funktionen wahrgenommen, zuletzt hatte er die Leitung der Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen inne. Am 14. September hatte die Bundesvorsitzende Rita Berning gemeinsam mit Rene Wendt, Mitglied im Vorstand der Fachgruppe Bundestag/Bundesrat, Gelegenheit zu einem persönlichen Gedankenaustausch.

In dem knapp einstündigen Gespräch skizzierte die Bundesvorsitzende die aktuellen Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit des vbob. Neben den Dauerbrennern Digitalisierung der Bundesverwaltung und Herausforderungen des demografischen Wandels nahm die Diskussion über zeitgemäße Arbeitsformen und -zeiten einen breiten Rahmen ein. Die aktuelle Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen sowie die Erwartungen

an die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes rundeten das Gespräch ab.

Lorenz Müller räumte bei der technischen Ausstattung der Bundestagsverwaltung Bedarf ein. Wie in vielen anderen Verwaltungen ist auch hier, verstärkt durch die Coronapandemie, der Nachholbedarf deutlich geworden. Auch in der Bundestagsverwaltung war das mobile Arbeiten stark nachgefragt, um beispielsweise die



> Dr. Lorenz Müller, Direktor des Deutschen Bundestages, (Mitte) empfängt Rita Berning und René Wendt in seinen Räumen im Deutschen Bundestag.

Kinderbetreuung sicherzustellen oder das Infektionsrisiko bei der Nutzung des ÖPNV zu reduzieren. Im Hinblick auf mehr Flexibilität bei den Regelungen zur Arbeitszeit und Arbeitsort vermochte er dem Wunsch der Fachgruppe und vieler Kolleginnen und Kollegen insbesondere vor dem Hintergrund des Sitzungsbetriebs jedoch (noch) nicht zu entsprechen.

Wertschätzung sowie Gesundes Arbeiten und Führen hat sich in den letzten Jahren in vielen Behörden zu einem wichtigen Thema entwickelt. Die Bundestagsverwaltung mit ihrem besonderen Aufgabengebiet und der großen Nähe zur Politik sollte diese Themen stärker in den Fokus nehmen,

forderten Rita Berning und Rene Wendt den neuen Direktor auf. Das beinhaltet neben der Anerkennung aller Beschäftigten die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement, wie beispielsweise die Mitarbeit im Personalrat. Von einem guten Miteinander und Gesprächen auf Augenhöhe profitieren am Ende alle Beteiligten und somit alle Beschäftigten der Bundestagsverwaltung.

Am Ende des interessanten Dialogs vereinbarten die Teilnehmenden, den Gesprächsfaden weiterzuspinnen. Der vbob Fachgruppenvorstand nutzt dieses Angebot und ist bereits im intensiven Austausch mit dem neuen Direktor.

rb

Ja, ist denn heute schon Weihnachten?

Seit einigen Jahren unterstützt die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte meist caritative Einrichtungen mit einer Spende. Inzwischen ist diese Aktion eine liebgelebte Tradition in der Weihnachtszeit. In 2020 ist vieles anders und so wurde die diesjährige Spende frühzeitig, noch vor dem offiziellen Herbstanfang, übergeben.

In diesem besonderen Jahr ist bedingt durch die Corona-Krise die Liste der Bedürftigen lang und viele Institutionen



> Ralf Bender, Vorsitzender des Sozialwerks Bund, (links) freut sich über die Unterstützung des vbob. Der Scheck wird übergeben von Rita Berning und dem Bundesschatzmeister Dirk Rörig (hinten).

sind auf Spenden angewiesen. Wir haben uns entschieden, eine gemeinnützige Einrichtung zu unterstützen, die sich

seit vielen Jahrzehnten nachhaltig für die Beschäftigten der Bundesverwaltung einsetzt.

Ralf Bender, Vorsitzender des Sozialwerks der Inneren Verwaltung des Bundes (Sozialwerk.Bund) war bei der Übergabe des Spendenschecks von 3 000 Euro sehr erfreut über die Unterstützung durch die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte.

Ein besonderer Dank gilt der BBBank und hier speziell dem Landesdirektor öffentlicher Dienst, Stephan Teschner, der sich mit 500 Euro an der Spende beteiligt hat.

dr